



Deutsche Geschichte

Class, Heinrich

Leipzig [u.a.], 1921

Die Kanzlerschaft von Michaelis und Graf Hertling

[urn:nbn:de:hbz:466:1-83815](https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:hbz:466:1-83815)

allem versehen, was die unerschöpfliche Heimat ihm mit auf den Weg geben konnte. Freilich fehlte ihm alle Kriegserfahrung und seine Verwendbarkeit in einem solchen Kriege war fraglich. Gewiß aber war von vornherein, nachdem einmal solche Massen von Amerikanern nach Frankreich gekommen waren, daß sie durch ihr Vorhandensein die Franzosen und Engländer zunächst hinter der Front entlasteten und dort gebundene Kräfte für andere Zwecke freimachten.

Die Auffstellung, Ausrüstung und Beförderung dieses Heeres ist eine gewaltige Leistung, die auch die Anerkennung des Feindes erzwingt.

In Deutschland enttäuschte es, daß es den deutschen Unterseebooten so selten gelang amerikanische Truppenschiffe zu fassen — aber die Feinde hatten ein Verfahren gefunden, das diese Schiffe so sicherte, daß sie selten angreifbar waren. Hatte man doch durch den verspäteten Beginn des uneingeschränkten U-Bootkrieges den Feinden Zeit gelassen, Abwehrmittel aller Art zu suchen und zu erproben.

Trotz der Verstärkung, die der Vielverband im Westen durch die Amerikaner erwartete, war man auf deutscher Seite voller Zuversicht. Man wußte sich unter Hindenburgs und Ludendorffs Feldherrnschaft geborgen und hatte soeben noch im Alpen-Feldzug gesehen, daß die Schlagkraft des deutschen Heeres ungebrochen war.

Die Oberste Heeresleitung war entschlossen, bei dem Schlukampf im Westen von sich aus dem Feinde das Gesetz des Handelns vorzuschreiben, also ihn anzugreifen.

Die Kanzlerschaft von Michaelis und Graf Hertling.

Als bei Beginn des zweiten Juli-Drittels 1917 der Streit um die Person von Bethmann Hollweg den Höhepunkt erreicht hatte und klar war, daß er nicht mehr länger Reichskanzler bleiben konnte, begann das Raten, wer der Nachfolger sein werde und mit allgemeiner Spannung wurde die Entscheidung des Kaisers erwartet. Seine Wahl fiel auf Dr. Georg Michaelis, bisher Unterstaatssekretär im preußischen Finanzministerium und seit kurzem Staatskommissar für das gesamte Ernährungswesen in Preußen. In diesem Amte hatte sich der neue Mann mehr durch entschiedene Worte, die er gelegentlich gebrauchte, als durch Taten bei der Linken einen Namen gemacht; Sachverständnis hatte er weder mitgebracht noch bewiesen; doch galt er von seiner Tätigkeit im Finanzministerium als tüchtiger Beamter. Welche Erwägungen den Kaiser bestimmt haben, einen in den Geschäften der großen Politik ganz Fremden zu dem Amte zu berufen, das an sich, erst recht in solcher Zeit und nun gar nach den Fehlern seines Vorgängers, von entscheidender Wichtigkeit war, ist noch nicht geklärt. Die Öffentlichkeit sah sich einem politisch Unbekannten gegenüber und erwartete sein erstes Auftreten mit Spannung. Am 19. Juli

stand Dr. Michaelis zum ersten Male als Reichskanzler vor dem Reichstag. In seiner Einführungsrede gab er einen Überblick über die politische und militärische Lage, setzte sich kurz mit dem Antrage des Abgeordneten Erzberger auseinander, der mit Unterstützung der Mehrheitsparteien eine die Friedensbereitschaft des deutschen Volkes auf der Grundlage des Zustandes vor dem Kriege aussprechende Kundgebung vorschlug. Dabei betonte der Kanzler, daß das deutsche Reich ein neues Friedensangebot nicht machen könne, sondern den Krieg zum siegreichen Ende führen müsse und versicherte zum Schluß, daß er sich die Führung nicht aus der Hand nehmen lassen werde. Erschien die Stellungnahme des neuen Kanzlers zu dem Antrag Erzberger, mit dem er sich absind zu können glaubte, den Vaterlandsfreunden bedenklich, so hatten sie doch den Eindruck, daß diese Rede den Weg zu einer brauchbaren Politik noch offen lasse, und die Versicherung des Kanzlers, daß er führen wolle, erweckte Hoffnungen. Sie wurden — wie fast alle in der nachbismarckischen Zeit gehegten — schwer getäuscht. Schon in den nächsten Tagen zeigte sich, daß der Kanzler die Führung überhaupt nicht angetreten hatte und das Wesen dieses fünften Nachfolgers Bismarcks wurde offenbar.

Georg Michaelis war kein Mann von Führereigenschaften; er kam politisch nach jeder wesentlichen Richtung durchaus unvorbereitet in dieses Amt, das politisch mehr von seinem Inhaber verlangt — als irgend ein anderes auf der Erde. Aber er besaß auch keinen Instinkt, keine Personenkenntnis und nicht die Gabe, sich in schwierigen Lagen zurechtzufinden. So stand er sehr bald den Dingen hilflos und ohnmächtig gegenüber und vermochte eigentlich nicht einmal einen Tag lang sich vor dem Reichstag Geltung zu verschaffen — ja man kann sagen, daß seine Stellung bereits seit seinem ersten Aufreten untergraben war. Das starke Wort vom Führerwollen wurde nicht erfüllt, weil es von seinem Sprecher nicht erfüllt werden konnte, und nach Kurzem war dieser Kanzler einfach die Zielscheibe schändester Angriffe der Reichstagsmehrheit, gegen die er sich wehrlos erwies; im Spätherbst bereits erlag er ihnen und trat von der politischen Bühne zurück. Bedauerlich für den Mann, der an dritter Stelle gut brauchbar sein mochte, an der ersten aber vollkommen fehl am Orte war. Den Wirklichkeiten der politischen Gegenwart fremd, von vorgefaßten Meinungen erfüllt, ohne die Schlagfertigkeit des Geistes und der Rede, die dem verwilderten Reichstag gegenüber nun einmal notwendig geworden war, wurde dieser Kanzler ein Opfer seines Amtes, das ihm der Kaiser nie hätte antragen, das er nie hätte annehmen dürfen.

Als Bethmann Hollweg zurücktrat, stand Erzbergers Unternehmen, den Feinden über den Kopf der Reichsregierung hinaus durch den Mund des Reichstags die Friedensbereitschaft des deutschen Volkes ohne Land- erwerb und Entschädigungen fundzutun, nahe vor dem Ziele. Der regie-

rungssozialistische Führer Scheidemann war von vornherein eingeweiht, hatte die ganze Sache mit eingefädelt und betrieb sie mit der ihm eigenen Gewissenlosigkeit; seine Partei machte selbstverständlich mit. Dasselbe taten die jüdisch geführten Freisinnigen, und Erzberger hatte zuerst den linken Flügel und schließlich fast das ganze Zentrum für seinen Plan gewonnen — also war ihm eine große Mehrheit im Reichstag sicher. Bethmann Hollweg und seine nächsten Berater hatten, was zu ihrer Ehre festgestellt werden muß, den Entwurf der Erzbergerschen „Verzichtentschließung“ für unannehmbar erklärt; das gleiche hatte die Oberste Heeresleitung getan. Da die Führer der Reichstagsmehrheit trotzdem an ihrem Vorhaben festhielten, war mit einem Zusammenstoß zwischen Reichsgewalt und Volksvertretung zu rechnen, eine Aussicht, der ein wirklicher Staatsmann mit Ruhe entgegengesehen hätte, weil sie ihm bei der zu Tage liegenden Leichtfertigkeit der Reichstagsmehrheit die Gelegenheit geboten hätte, diese Art von Volksvertretern in die Schranken zu weisen und das staatliche Ansehen wieder herzustellen. Daß der wankende Bethmann Hollweg dafür nicht in Betracht kam, war klar — würde sein Nachfolger die Machtprobe wagen?

Er tat es nicht nur nicht, sondern erklärte seinen Beratern, er glaube sich mit dem Entwurfe abfinden zu können. Am 19. Juli 1917 — am selben Tage, wo Dr. Michaelis zum ersten Male vor dem Reichstag stand — brachten Zentrum, Sozialdemokratie und Fortschrittliche Volkspartei den Antrag ein, den Entwurf Erzbergers zum Beschuß zu erheben. Die entscheidenden Stellen in ihm lauteten:

„... der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und dauernder Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietsabtretungen, politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar ...“

Die Freiheit der Meere muß sicher gestellt werden. Nur ein Wirtschaftsfrieden wird dem freundlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten. Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern ...“

Die Mehrheitsparteien bekannten sich zu diesem Antrag; die Rechte lehnte ihn ab. Der neue Reichskanzler aber sagte mit Bezug auf ihn in seiner Jungfernrede wörtlich: „Diese Ziele (des zu erstrebenden Friedens, die er vorher dargelegt hatte) lassen sich im Rahmen Ihrer Resolution, wie ich sie auffasse, erreichen.“

Mit diesem Zugeständnis wollte der Kanzler ein Auskommen mit den Mehrheitsparteien anbahnen, aber er hatte sich mit der durch den Zwischenfaß gegebenen Beschränkung sofort das Grab gegraben.

Mit 214 gegen 116 Stimmen und bei 17 Enthaltungen wurde von der deutschen Volksvertretung der Antrag Erzbergers angenommen.

Damit hatte das deutsche Volk in aller Form durch seine gewählten Abgeordneten das politische Gift mischen lassen, an dem das Reich zu grunde gehen sollte.

Die Annahme dieser Entschließung bedeutete politisch mehr als eine verlorene Schlacht — sie stellte das Kriegsergebnis militärisch in Frage und erschütterte den Geist der Besten und Zuverlässigsten an der Front. Vom Feinde aber wurde sie aufgefaßt als das Zugeständnis des deutschen Reichstags, daß der Krieg nicht gewonnen werden könne, und so belebte sie den feindlichen Kriegswillen aufs Äußerste.

Es scheint unsfassbar, daß deutsche Volksvertreter das Seelenleben der feindlichen Völker so wenig verstanden, daß sie die Wirkung dieses Schrittes nicht vorherzusehen vermochten. Aber der Reichstag war ja in solcher Zeit der Tummelplatz der geistig Armen und Gewissenlosen geworden!

So wurde ein politisches Gesamtverbrechen begangen, das einzig in der Geschichte dasteht; seine Urheber werden in Zukunft als Verderber des deutschen Volkes gerichtet sein.

Aber mitschuldig wurden der neue Kanzler, mitschuldig seine Berater. Abgesehen davon, daß sie den Kampf mit einer so reichsgefährlich gewordenen Volksvertretung aufnehmen mußten — wie ist es zu verzeihen, daß sie den Urheber dieser verderblichen Machenschaften nicht vernichteten und damit für die Zukunft ausschalteten! Es ist seitdem durch die Veröffentlichungen von Männern, die sich damals in verantwortlichen Stellen befanden, dargetan worden, daß sie die hochverräterischen Zusammenhänge des Erzberger-Antrages kannten und wußten, daß er unverantwortlichem Missbrauch des Czerninschen Geheimschreibens entstammte, daß dessen Inhalt durch Erzbergers Schuld dem feindlichen Ausland bekannt geworden war. Dies hätte genügt, den Gewissenlosen vor Gericht zu stellen — zu seiner politischen Vernichtung hätte es damals mehr als ausgereicht.

Und nichts dergleichen geschah — genau zwei Jahre nach jenem Verbrechen, als das Unheil über das Vaterland hereingebrochen war, unterbreiteten die amtlichen Mitwisser von 1917 erst ihre Behauptungen und Beweise der Öffentlichkeit.

Während der Reichstag in seiner politischen Verblendung von Verständigung, von Wirtschaftsfrieden, von der Freiheit der Meere, von „internationalen Rechtsorganisationen“ sprach und das „freundschaftliche Zusammenarbeiten der Völker“ durch seine Entschließung vorbereiten wollte, wirkte im feindlichen und neutralen Ausland jene Einrichtung, die England geschaffen hatte, um den Haß gegen alles Deutsche in der ganzen Welt aufs Äußerste zu reizen, es der Verachtung preiszugeben. Ein besonderes „Propaganda-Ministerium“ war gebildet worden, das mit den handgreiflichsten Lügen und Verleumdungen arbeitete; wo immer

Zeitungen läufiglich waren, wurden sie für den schändlichen Zweck der Vernichtung der deutschen Ehre gewonnen, und diese — nach dem Leiter eines solchen Feldzuges genannte — „Northcliffe-Presse“ lieferte Tag für Tag den Beweis, wie weltenweit entfernt die Feinde von der Absicht „friedlichen Zusammenarbeitens“ mit den Deutschen waren.

Trotzdem jene Entschließung vom 19. Juli!

Ihre sofort fühlbare Wirkung bestand darin, daß vor allem die Franzosen neuen Mut faßten. Ihr Heer war nach den furchtbar blutigen, aber erfolglosen Angriffen Nivelles im April an der Aisne und Pétains im Mai in der Champagne schwer erschüttert; die Manneszucht war gelockert, ganze Truppenteile hatten gemeutert und die Stimmung des Landes geriet ins Schwanken. Da kamen die Nachrichten von Erzbergers Machenschaften, dann die von der Annahme seiner Entschließung, und die ganze französische Presse benützte dies Vorkommnis, um die Widerstandskraft des Volkes und die Haltung des Heeres wieder zu beleben. Beides mit durchschlagendem Erfolge.

So war die Wirkung der Erzberger-Entschließung nach außen verhängnisvoll; im Innern steigerte sie den Gegensatz zwischen den völkischen Kreisen und den in ihre internationale Neigung Zurückgesunkenen bis zur Unerträglichkeit, zumal da die Verzichtleute mit vergifteten Waffen kämpften. Zum alten Unsinn kam neuer; Schlagworte, wie das vom „Selbstbestimmungsrecht der befreiten Völker“, drohten das Reich um die Früchte der doch schließlich mit deutschem Blute erkaufsten Waffen-erfolge im Osten zu bringen.

Kurze Zeit nach dem 19. Juli ließ der Papst eine Friedensnote an die kriegsführenden Mächte ergehen, in der er sie zur Verständigung ermahnte und zu diesem Zwecke Vorschläge machte, die mit denjenigen Erzbergers inhaltlich übereinstimmten. Der Zusammenhang lag am Tage.

Während nun die Feinde die Reichstagsentschließung durch ihre Presse mit kaltem, höhnischem Nein abtun ließen, beantwortete die deutsche Regierung den päpstlichen Vorschlag, der für ein unbesiegtes Volk unannehmbar war und zudem bewies, daß sein Urheber sich gar nicht in die Not des deutschen Reiches versetzen konnte, mit geslissenlichem Eifer zustimmend.

Der Kanzler befand sich in den Banden der Reichstagsentschließung und hatte im neuen Staatssekretär von Kühlmann einen Berater in den Fragen der äußeren Politik, der ihn trotz seiner Fähigkeiten nicht gut beraten konnte, weil er — ganz von dem Gedanken der Verständigung mit England erfüllt — für die Aufgaben dieser Kriegszeit ungeeignet war.

Den Mehrheitsparteien gegenüber hatte der Kanzler trotz aller Nachgiebigkeit einen schweren Stand; sie vergaßen es ihm nicht, daß er am 19. Juli seine Stellungnahme zur Erzberger-Entschließung mit dem Zwi-

schensache „wie ich sie verstehe“ eingeschränkt hatte und warfen ihm Hinterhältigkeit vor. Im Oktober geriet er in harten Streit mit der Mehrheit: auf seine Veranlassung berichtete der Staatssekretär des Reichsmarineamts über Meutereien, die im Mai 1917 bei der Hochseeflotte vorgekommen waren, und beschuldigte die unabhängigen Sozialdemokraten, die Hand dabei im Spiele gehabt zu haben. Diese leugneten damals ihre später festgestellte Mitwirkung bei jenen Vorgängen, und die Führer der Mehrheitsparteien stellten sich auf ihre Seite, indem sie mit Entrüstung gegen den Kanzler und den Staatssekretär vorgingen. Und wieder wlich dieser mutlos dem notwendigen Kampfe aus; wenn er jene Vorgänge ans Licht der Öffentlichkeit ziehen und den Unabhängigen die sittliche Verantwortung zuschieben ließ, mußte der Kampf durchgeführt werden. So endete er mit einer Niederlage der Regierung.

Für die Vaterlandsfreunde war es bitter, auf diese Weise erfahren zu müssen, daß noch nicht ein volles Jahr nach dem glorreichen Tage von Skagerrak der Geist des Hochverrats sich in die deutsche Flotte eingeschlichen hatte; das Gift des russischen Bolschewismus und der jüdischen Verhetzung hatte im Bunde mit dem Gelde der Feinde seine erste Wirkung getan. Wohl war die Meuterei niedergeschlagen worden — aber wer bürgte dafür, daß nicht neue Verräter am Werke seien? Der Verlauf der Reichstagsverhandlung vom 9. Oktober konnte solche jedenfalls von ihrem Vorhaben nicht abschrecken.

Die Reichstagsmehrheit, die nun geradenwegs auf die Parlamentsherrschaft losging, hatte schon kurz nach Michaelis Amtsantritt die Einsetzung eines „Siebener-Ausschusses“ durchgesetzt, dem alle wichtigen Fragen der äußeren Politik vorgelegt werden sollten. Ein weiterer Schritt, der von der durch Bismarcks Reichsverfassung vorgezeichneten Bahn abführte. Aber diese Einrichtung genügte den durch die Schwäche und Hilflosigkeit des Kanzlers übermütig gemachten Volksführern nicht. In der jüdisch bestimmten und geleiteten Presse wurde ein mit allen Mitteln der Demagogie betriebener Kampf für das „parlamentarische System“ eröffnet und die Linke verlangte von Michaelis, daß er dieses bei der Krone durchsetze. In allem hatte der Kanzler nachgegeben — hier blieb er fest und erklärte den drängenden Parteiführern, daß er dafür nicht zu haben sei. Damit war sein politisches Todesurteil gesprochen. Nun wurde der hilflose Mann in aller Form totgeheizt; Gerüchte von seiner Entlassung oder seinen Abschiedsgesuchen wurden aufgebracht — kurz, es geschah mit frevelhaftem Eifer alles, um die öffentliche Meinung nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Das Reich glich einem Tollhaus; die geistige Erkrankung der Volksvertretung, die sich am 19. Juli angekündigt hatte, war zum Ausbruch gekommen. Die Lage war unhaltbar; der Kanzler sah ein, daß er ihr nicht gewachsen war und reichte am 26. Oktober seine Entlassung ein.

Wie vorher in allen politischen Nöten richteten sich die Augen der Vaterlandsfreunde auch jetzt auf die Oberste Heeresleitung und man drang in sie, beim Kaiser dahin zu wirken, daß er Männer in die entscheidenden Ämter berufe. Man sagte sich, daß diese Führer des Heeres doch erkennen müßten, daß der Krieg nicht gewonnen werden könne, wenn die Heimat politisch zusammenbreche.

Hatten sie beim Sturze Bethmann Hollwegs mitgewirkt — diesmal handelten sie nicht. Das Feld wurde den Parteihäuptlingen und den ihnen wesensverwandten Staatssekretären überlassen; sie trieben mit dem willenlos gewordenen Kaiser ihr Spiel, und am 1. November erhielt Michaelis seine Entlassung, während der bisherige bayrische Ministerpräsident Dr. Graf von Hertling zum Reichskanzler ernannt wurde.

So hatte in dem deutschen Trauerspiel nach 3½ monatlicher Dauer der Zwischenauftritt geendet, dessen leidender Held Dr. Michaelis geworden war.

Als er schied, ließ er das Reich noch zerrütteter zurück, als Bethmann Hollweg es ihm überliefert hatte.

In seine Kanzlerschaft fällt die Gründung der Deutschen Vaterlandspartei, die so recht ein Kind der Not dieser Zeit war. Am Sedantage 1917 hatten sich im Yordesaale des Landeshauses zu Königsberg rechtsfreue Männer von der konservativen bis zur Volkspartei zusammengetan, um eine Stätte zu schaffen, an der sie gemeinsam für die Rettung des Vaterlandes wirken könnten. In ergreifendem Aufruf hatten sie sich an alle Gutgesinnten gewandt und gemahnt, alle inneren Fragen ruhen zu lassen, bis die äußere Sicherheit des Vaterlandes erstritten sei. Ihr Ruf fand begeisterten Widerhall bei denen, die nicht durch die Verhetzung vergiftet waren — die anderen aber erblickten in der Vaterlandspartei den neuen inneren Feind, auf den sie sich mit leidenschaftlicher, gehässiger Wut stürzten. Kennzeichnend für Michaelis und seine Leute ist, daß er mit seinen Beratern der Vaterlandspartei fühl, ja ablehnend gegenüberstand.

Erwähnt sei noch, daß in seiner Zeit die Polenpolitik Bethmann Hollwegs nach innen und außen neue Früchte zeitigte: am 12. September wurde durch gemeinsame Kundgebung der verbündeten Kaiser dem neuen Polenstaate die uneingeschränkte Selbstherrlichkeit (Souveränität) einschließlich eigener Außenpolitik zugestanden, und in Posen hatten sich beim hundertjährigen Todestag Kosziuskos Vorgänge abgespielt, die bewiesen, daß die preußischen Polen die Achtung vor der stets nachgiebigen Staatsgewalt verloren hatten und die Masken fallen ließen.

* * *

Die Zeit schrie förmlich nach ihrem Meister, nach dem deutschen Staatsmann, der sie gestalte, nach dem politischen Helden, der furchtlos den Scheingrößen des Reichstages zu Leibe rücke und sie in ihr Nichts zurück schleudere, der — ebenbürtig den Feldherren der Obersten Heeresleitung — der Heimat die Ruhe wiedergäbe. Denn diese war verloren gegangen. Die jüdische und jüdisch-bestimmte Presse hatte es unter der Führung der Frankfurter Zeitung, des Berliner Tageblattes und des Vorwärts durch ihr unablässiges Hetzen dahin gebracht, daß das ganze öffentliche Leben in den Zustand der Gärung geraten war. Dazu waren die Wirkungen der inneren Not gekommen: Lebensmittelangst, Knappheit an Waren und Rohstoffen, das Treiben der Kriegsgesellschaften, der Wucher der Nahrungsmittel- und Warenchieber, der Geldüberschluß der Kriegsgewinner von den Munitionsarbeitern herauf bis zu den Großspekulanten — das alles hatte einen Zustand erzeugt, der für jeden Ernst und Sittlichen unerträglich war. Nicht allgemein, aber doch in vielen Orten trug der Unverständ der Kleinbureaucratie, ihre durch die Kriegsbefugnisse gesteigerte Hochmütigkeit, nicht wenig dazu bei, gerade bei den kleinen Leuten die Vorstellung zu erwecken, daß man für allen aufgewandten Opferstimm auch noch rechtlos sei. Was war aus dem deutschen Volke nach drei Jahren unverantwortlicher Misshandlung geworden? Die Preszensur verhinderte dabei die Darlegung der inneren Schäden durch die Reichstreuen — die Schädlingspresse ließ sie dagegen gewähren und dieführerlosen Massen weiter verwirren. Dazu kamen die Einwirkungen der feindlichen „Propaganda-Presse“ auf die Urteilslosen. In ihrem Unverstände brachten die deutschgeschriebenen Zeitungen nach amtlichem Beispiel tagaus tagein Auszüge aus feindlichen Blättern, die von der deutschen Schuld, von deutschen Greueln, von deutscher Raubgier schrieben, die den preußischen Militarismus als Urheber des Weltkrieges verdammten, die freiheitfeindliche Gesinnung der angeblichen Machthaber geißelten und sagten, mit einem von der durch und durch rücksichtlichen Militär- und Junkerklasse geleiteten Deutschland sei kein Friede möglich — dem gebühre Haß und Verachtung der freien Völker und die sichere Niederlage; ein freies Deutschland sei den schon befreiten Völkern willkommen, denn sie hätten keine Feindschaft gegen das deutsche Volk, sondern nur gegen die Hohenzollern und die „reaktionären“ Kästen, die mit ihnen das Volk unterdrückten und der ganzen Welt ihre Gewaltherrschaft aufzwingen wollten.

Hatte der Leser, der doch schließlich im Lande des freisten Wahlrechtes der Welt lebte, zuerst über solche Auslassungen gelacht — als er durch seine Zeitungen derartiges Tag für Tag aus Feindesmund zu hören bekam, als ihm die teuflisch klug nach der Wirkung auf die Deutschen berechneten Reden feindlicher Staatslenker mit instinktloser Besessenheit übermittelt wurden: da begann allmählich von alledem in den Hirnen

etwas zu haften; — da fanden solche und ähnliche Gedankengänge Fuß und schließlich beherrschten sie allzu viele Geister. Das feindliche Gift hatte seine Wirkung getan, und die deutschgeschriebene Presse hatte es unter Vortritt der halbamtlichen dem harmlosen, weltfremden deutschen Volke vorgesetzt.

Ein Vorgang ohne Beispiel!

So vereinigten sich die daraus entstehende Zermürbung der Geister mit der Unzufriedenheit über die inneren Zustände und der Unruhe, die das politische Treiben der Reichstagsmehrheit und ihrer Presse erzeugt hatte, zu einer verderblichen Gesamtwirkung. Es lagen Schwaden giftigen Nebels über dem öffentlichen Leben dieser Tage und die von ihm geistig noch freigeblienen riefen nach dem reinigenden Gewitter.

Wer würde mit gewaltiger Hand Thors Hammer in diese Stidluft werfen? Noch einmal: die Zeit schrie nach dem rettenden deutschen Staatsmann von Schöpferkraft und Bändigerwillen.

Statt seiner gab der Kaiser dem Reiche in dieser Zeit den Grafen Hertling zum Kanzler, an den er sich seit Jahren im Geiste schon geflammert hatte, wenn Bethmann Hollweg gefährdet erschien. Wenn irgend etwas die Menschenkenntnis Wilhelms II. verneinte, so war es diese Wahl. In solcher Zeit, wo alles auf dem Spiele stand, einen solchen Mann an die oberste verantwortliche Stelle zu berufen, war gleichbedeutend mit dem Verzicht auf Selbstbehauptung nach innen und außen. Denn Graf Hertling war ein Greis von 74 Jahren, der Körperlich den Aufgaben nicht gewachsen war, die sein neues Amt an ihn stellte; in Bayern hatte er die kleinen Nöte dieses Mittelstaates nicht überwinden können — und nun sollte er die Todesnot des Reiches bannen! Dieser Zentrumsaristokrat, der lange Jahre hindurch Führer des rechten Flügels seiner Partei gewesen war, hatte niemals etwas Schöpferisches, nichts machtvoll Drängendes in sich gehabt; er war behutsam und leise, ein Politiker der Umwege, der Diplomat des Zentrums. In der äußeren Politik, die er für seine Partei gewissermaßen überwachte und bearbeitete, war er mit Bülow und Bethmann Hollweg gegangen, so lange er Reichstagsabgeordneter gewesen war, und noch später, als ihn König Ludwig III. von Bayern zum Ministerpräsidenten seines Landes gemacht hatte, wußte er die Weisheit der Bethmannschen Marokko-Politik zu rühmen, nachdem für jeden Einsichtigen deren Folgen klar waren; insbesondere rechnete er darauf, daß Frankreich sich im Scherifen-Reiche in steten Kämpfen mit den Berberstämmen militärisch verbluten werde. Während des Krieges war er der dienstwillige Helfer Bethmann Hollwegs, der besonders als Vorsitzender des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten dessen Fehler sämtlich mitmachte und deckte; mehr als einmal hatte er den wankenden Kanzler durch seine Hilfe gerettet und besonders hatte er ihn bei der Verhinderung des

rechtzeitigen uneingeschränkten Unterseebootkrieges unterstützt. Demnach ein Mann, der von seiner Tätigkeit als Parteiführer und als Minister des zweitgrößten Bundesstaates mit der Mitschuld an dem Schlimmen belastet war, das jetzt auf dem Vaterlande lag.

Schon die Art, wie die Mehrheitsparteien sich in den Tagen zwischen dem Abschiedsgesuch des letzten und der Ernennung des neuen Kanzlers betrugen, zeigte, daß sie sich als Herren fühlten und gewillt waren ihre Macht zu gebrauchen; das nahm solche Formen an, daß Graf Hertling im Begriffe war, das Amt abzulehnen. Von seinen Verehrern wurde verbreitet, er habe es nur auf dringendes Bitten des Kaisers und aus Pflichtgefühl übernommen, um sein Vaterland nicht im Stiche zu lassen; wenn dies zutrifft, hat er sein Pflichtgefühl in einer Weise betätigt, die für Kaiser und Reich zu schwerstem Schaden ausschlug.

Nach dem Wortlaut und dem Geiste der Reichsverfassung hatte der Kaiser den Kanzler zu bestimmen; der Kanzler hatte den Kaiser verantwortlich zu beraten und hatte dessen Zustimmung einzuholen. Jetzt aber vergewisserte sich der Kanzler zunächst der Zustimmung der Mehrheitsparteien — eine ganz neue Einrichtung und ein weiterer Schritt zur Parlamentsherrschaft; seinen Stellvertreter im Reich ließ er sich von der Mehrheit auswählen. Das war der süddeutsche Demokrat Dr. von Payer, jetzt einer der Führer der Freisinnigen Volkspartei — ein Mann vom kleinsten Zuschnitt, ganz in jüdisch-demokratischen Gedankengängen verannt, den Wirklichkeiten der großen Politik fernstehend, ein abgesagter Heino Bismarckischer Überlieferung. Kennzeichnend für ihn, daß er bis zu seiner Berufung zu dem neugeschaffenen Amte des „Vizekanzlers“ im Auffichtsrat der jüdischen Frankfurter Zeitung gesessen hatte. Für Preußen wurde zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsministeriums der bisherige Führer der Nationalliberalen im Abgeordnetenhaus Dr. Friedberg bestimmt, ein Jude, der seine Eignung zu seinem Amte sofort mit einem jähnen Gesinnungswechsel bewies. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Dr. von Kühlmann, ein Liebling der Linken, blieb an seiner Stelle, und die Presse der Mehrheit, die sich dem Ziele der unbedingten Parlamentsherrschaft wesentlich näher sah, begrüßte das „große Kabinett Hertling-Payer-Kühlmann“ in Jubeltonen, als ob nun eine neue glückliche Zeit anbreche.

„Das große Kabinett“ der an Ziel und Willen Kleinen hatte sich, um die Genehmigung der Mehrheit zu erlangen, zu vierlei verpflichten müssen: mit den Feinden eine Verständigung auf der Grundlage der päpstlichen Friedensnote anzustreben, in Preußen das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht durchzusetzen, im Reich die Aufhebung der politischen Zensur herbeizuführen und schließlich eine Abgrenzung der Zuständigkeit der militärischen Befehlsgewalt zu erreichen — alles in der Hauptsache

Horderungen der äußersten Linken, die insbesondere mit ihrem Begehrn nach Beseitigung der Zensur die schrankenlose Presß- und Versammlungsfreiheit haben wollte, um gegen die Oberste Heeresleitung und die unter dem Sammelnamen „Alldeutsche“ zusammengefaßten vaterländischen Kreise politisch ungehindert Sturm laufen zu können.

Die Oberste Heeresleitung, den Leuten der Mehrheit längst verdächtig, wurde seit ihrem Eingreifen beim Sturze Bethmann Hollwegs von ihnen geradezu mit Haß verfolgt; sie wurde beschuldigt, sich die politische Macht im Reiche angemaßt zu haben und im geheimen Bunde mit den Alldeutschen dem Frieden zu widerstreben; beiden wurde zur Last gelegt, daß sie den Krieg selbstsüchtig verlängerten; die Vaterlandspartei wurde in diesen Haß mit einbezogen, den Tatsachen zuwider als „alldeutsch“ gekennzeichnet, und mit wüsten Angriffen verfolgt.

Graf Hertling ließ versichern, daß er mit der Übernahme des Reichskanzleramtes, neben dem ihm auch dasjenige des preußischen Ministerpräsidenten übertragen wurde, ein hartes Opfer bringe; man kann dies in dem Sinne gelten lassen, daß der „Zentrums-Aristokrat“ sich so ziemlich bedingungslos den verbündeten Demagogen des Zentrums, der Sozialdemokratie und des jüdischen Freisinns unterwarf. Eine Tatsache, die um so mehr gegen ihn spricht, als er es liebte sich als Mann von konservativer Weltanschauung zu bezeichnen. Hart war es für alle bewußten Preußen, daß der bisherige süddeutsche Minister auch an die Spitze der preußischen Staatsgeschäfte berufen wurde, denen er ganz fremd war und in die er sich in seinem Alter sicherlich nicht mehr einarbeiten konnte; der führende Bundesstaat war also in Wirklichkeit ohne Regierungsoberhaupt.

Kurz nachdem im Reiche der Personenwechsel stattgefunden hatte, der an die Stelle eines hilflosen, unpolitischen Bureaukraten einen altersmüden und zu staatsmännischer Arbeit von je untauglichen Parteimann gebracht hatte, kam es auch in Frankreich zu einem solchen; auch dort übernahm ein Greis die Leitung der Regierung, Georges Clémenceau, der noch dem Parlament zu Bordeaux angehört und damals (1871) gegen den Frankfurter Frieden gestimmt hatte.

Aber welch ein Gegensatz! Dieser fünfundsechzigjährige ganz Feuer, Wille, Tatkraft — ja wilde Entschlossenheit. Im parlamentarischen Frankreich schob dieser alte Parlamentarier das Parlament auf die Seite, weil er sein Vaterland retten wollte und wußte, daß das auf parlamentarische Art nicht gemacht werden konnte. Ein gehässiger Feind Deutschlands, ein unedler Mensch mit vielen Mängeln des Charakters, vielen Sleden in seiner Vergangenheit — aber ein leidenschaftlicher Sohn Frankreichs, von Rachendurst getrieben, der verkörperte rücksichtslose Siegeswille. Und im Reiche der vorsichtig tastende, stets verschleierte, ruhebedürftige Mann,

der die Herrschaft einer Reichstagsmehrheit ausgeliefert hatte, die teils den Sieg nicht wollte, teils nicht an ihn glaubte!

Der neue französische Ministerpräsident nahm sofort die Zügel fest in die Hand, riß sein Volk zusammen und forderte das Letzte von ihm unter gewalttätigem Zwange — sein deutscher Gegenspieler gab die Leitung ganz ab, suchte mit den Leuten des Verzichtes in Frieden zu leben und beugte sich unter ihren kleinen Ehrgeiz nach innerer Macht. Denn dies war weiterhin das Zeichen der Zeit, daß die demagogischen Wortführer den Krieg unter dem Gesichtspunkte ihres innerpolitischen Machtstrebens betrachteten — verkennd, daß der Krieg der letzte, äußerste Ausdruck der äußeren Politik ist, dem alles andere zu dienen hat, damit das Vaterland gerettet werde.

Diese deutsche Volksvertretung hatte das Selbstbestimmungsrecht der durch deutsche Blutopfer befreiten Völker ausgerufen, so daß Polen, Litauer, Letten — des Reiches ungefragt — ihre Zukunft sollten bestimmen dürfen — Graf Hertling erkannte dies an.

Die Mehrheit verlangte tätige Einwirkung auf etwaige Friedensverhandlungen, wie sie jetzt nach dem vollkommenen militärischen Zusammenbrüche Russlands in Aussicht standen — Graf Hertling gestand dies zu.

Dieselben Leute wollten Elsaß-Lothringen trotz der gehäuften Beweise der Unzuverlässigkeit eines Teiles seiner Bevölkerung die „Autonomie“, d. h. die Rechte eines selbständigen Bundesstaates verleihen — Graf Hertling war dazu bereit, obwohl er als bayrischer Ministerpräsident von Bethmann Hollweg das Versprechen erwirkt hatte, daß das Elsaß dem Hause Wittelsbach zufallen sollte.

Schwäche und Nachgiebigkeit, wohin man schaute.

Dabei das Treiben der Kriegsgesellschaften so, daß alle wirtschaftlichen Gesetze auf den Kopf gestellt waren. Die Entzweiung zwischen Stadt und Land fortgeschritten. Die Steigerung der Löhne, die das „Hindenburg-Programm“ mit seiner Forderung, den Heeresbedarf um jeden Preis zu befriedigen, nach sich gezogen hatte, maßlos. Das Geld verlor den Wert — der Tanz ums goldene Kalb wurde schamloser und wüster als in der Gründerzeit, weil er im Kriege vor sich ging. Maßlose Genußsucht, freche Raffgier nahmen überhand und wirkten um so aufreizender, als sie sich ohne Scheu breit machten, während Entbehrung und Not, Sorgen und Trauer in ungezählten Häusern herrschten.

Die Heimat bot ein Bild politischer Führerlosigkeit und sittlicher Verwilderung. Der Wunsch nach dem Frieden steigerte sich zu dem Verlangen nach Frieden um jeden Preis; der Hinweis der Vaterlandsfreunde, daß die Feinde den Krieg durchfechten wollten, daß eine Verständigung nach dem Willen der Mehrheit einen „hungerfrieden“ bringen werde,

wurde als „nationalistische Kriegsheze“, als „alldeutliche Demagogie“ verlästert.

Kurz, und alles in allem: ein Treiben, ein Zustand, der die Vaterlandsfreunde erschüttern mußte. Und wieder erging ihr Ruf an den Kaiser, in höchster Not dem Verderben durch die Berufung von Männern, die Männer waren, Einhalt zu gebieten — und wieder kein Gehör!

Während das alles in der politisch und sittlich verwahrlosten Heimat vor sich ging, verrichtete das kämpfende Heer seine Wunder: im Westen hielt es mit unerschütterlichem Heldenmute den überlegenen Feinden Stand; im Süden hatte es den glorreichen Feldzug gegen Italien geführt; im Osten waren die letzten russischen Heere zertrümmert worden und die Friedensverhandlungen standen bevor. Also überall an der Front die Bewährung des Führergedankens — die Heimat aber führerlos. Aber je länger, je mehr wirkte die dortige Verwahrlosung auf die Front. Mit Sorgen sahen die Truppenführer, wie verändert ihre Leute aus dem Urlaub zurückkehrten; die brieflichen Berichte der Angehörigen taten das ihre — kurz: der Heldengeist begann zu kränkeln, und die Versuche, ihn durch „vaterländischen Unterricht“ zu heben, erwiesen sich in den meisten Fällen als erfolglos, weil es an genügend vorgebildeten und der Aufgabe geistig-sittlich gewachsenen Männern fehlte, die derartiges hätten ausführen können. Übrigens wurde das Bestreben der Obersten Heeresleitung, das Heer durch die Aufklärung über die Bedeutung dieses Krieges innerlich auf der Höhe zu halten, von der Reichstagsmehrheit argwöhnisch verfolgt und sehr bald als alldeutliche oder vaterlandsparteiliche Machenschaft hingestellt. Der „Vorwärts“ freilich, das „Berliner Tageblatt“, die „Frankfurter Zeitung“ und ähnliche zerstörende Blätter kamen überall hin an die Front, in alle Lazarette, und sie vergifteten die Gemüter dort, wie sie es in der Heimat getan hatten. Dazu kamen noch verheizende Flugblätter, die in Massen verbreitet wurden und allmählich ihre Wirkung taten.

Der Begeisterung der Reichstagsmehrheit über das „starke Kabinett“ folgte sehr bald die Ernüchterung, weil der müde Graf Hertling die „Neuorientierung“ den drängenden Volksverführern zu langsam betrieb und insbesondere die preußische Wahlrechtsfrage verfassungsmäßig erledigen wollte. Innerpolitisch beherrschte diese Angelegenheit das öffentliche Leben, wobei die jüdische und jüdisch-bestimmte Presse alles tat, um die Gegensätze aufs Äußerste zu verschärfen, jeder noch so berechtigte Widerstand im preußischen Landtag gegen die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen wurde als Ausfluß jungerlicher oder schwer-industrieller Selbstsucht verdächtigt. Verlogen und gewissenlos wurde es so hingestellt, als ob in Preußen, dessen Bürger doch im Reiche das freieste Wahlrecht der Welt besaßen, der Zustand der Sklaverei herrschte, so lange

die Wahlrechtsänderung nicht durchgesetzt sei, und man wagte zu behaupten, es sei kein Wunder, daß die Deutschen von den Feinden gehaßt und verachtet würden; dies geschehe, weil sie das Joch des Militarismus, der Junker und der reaktionären Bureaucratie ertrügen.

Mit dem endgültigen Zusammenbrechen Russlands traten die Fragen der äußeren Politik in den Vordergrund. Freilich für die ungeheure Bedeutung dieses weltgeschichtlichen Vorganges hatten nur wenige Verständnis. Über dem inneren Zwist und den kleinlichen, wichtigtuerischen Machenschaften zur Beglückung der vom russischen Joch befreiten Gebiete wurde vergessen, was die Zerstörung des gewaltigen russischen Weltreiches für das Deutschtum bedeutete.

Von allen Gefahren, die das deutsche Reich bedroht hatten, war diejenige in seiner Ostflanke die schwerste gewesen; denn sie ging von einem Staate aus, der über eine Bevölkerung von 180 Millionen verfügte, der jährlich einen gewaltigen Bevölkerungsüberschuss aufwies, dessen Heer wesentlich stärker war als das deutsche, dessen führende Bevölkerungsschicht von Haß gegen alles Deutsche erfüllt war, sich als Träger des allrussischen („panslawistischen“) Gedankens betrachtete und seit Jahren auf den Krieg hinwirkte. So sah sich das deutsche Reich an der Ostflanke, die zudem jedem feindlichen Angriff ungeschützt offen lag, lebensgefährlich bedroht — ein Umstand, der in Verbindung mit der steten Kriegsbereitschaft der Franzosen auf die Dauer unerträglich war. Vom Feinde im Westen unterschied sich derjenige im Osten nicht durch minder bösen Willen sondern durch seine gewaltig anwachsende Volkstracht, während die der Franzosen infolge des Geburtenrückgangs abnahm.

Und nun war das militärisch Ungeheure geschehen, daß das Riesenheer des russischen Weltreiches unter den deutschen Schlägen zerfallen, auseinandergefahren war — mit der politisch ebenso ungeheuren Wirkung, daß dies Weltreich selbst in Trümmer fiel. Seit dem Eintritt Russlands in die europäische Staaten-Gesellschaft war jetzt zum ersten Male der Druck im Osten beseitigt und es konnte, wenn man den inneren Zustand der bisher im Zarenreiche zusammengefaßten Völker betrachtete, damit gerechnet werden, daß auf Jahrzehnte hinaus diese Entlastung dauern werde. Diese Frist konnte und mußte benutzt werden, um die Zukunft des Deutschtums in Mitteleuropa endgültig zu sichern: indem man die westlichen Randgebiete mit nichtrussischer Bevölkerung vom russischen Reiche löste, konnte man der ländlichen Siedlung weite Landstreifen zur Verfügung stellen und das deutsche Reich durch eine — wie immer genannte — Angliederung der baltischen Gebiete an der Ostsee ausdehnen.

Alles in allem besagte dies, daß durch den Sieg der deutschen Waffen Bewegungsfreiheit nach Osten gewonnen war, deren politische und wirtschaftliche Ausnutzung wünste, wenn der militärische Gesamtsieg durch die

Leistungen der Truppen im Westen und die Standhaftigkeit der Heimat erstritten würde.

Glückverheißende Ausichten, die sich hier eröffneten — ein Ereignis, das jedes andere Volk zu stolzem Selbstbewußtsein gebracht, zu äußerstem Aushalten angetrieben hätte!

Anders in Deutschland, das acht Jahre lang von Bethmann Hollweg regiert, dessen öffentliche Meinung, so weit sie sich um politische Dinge überhaupt kümmerte, durch die jüdische und jüdisch-bestimmte Presse verfälscht und durch das Treiben der Reichstagsmehrheit gleichzeitig verhebelt und zermürbt war. Man hatte gar keine Zeit geistig-politisch zu durchdringen, was im Osten geschehen war und sich aufstaut — man war ja damit beschäftigt, den verhassten Militarismus der Obersten Heeresleitung, die Kriegsverlängernden (angeblichen) Umtriebe der Alldeutschen unschädlich zu machen, das preußische Sklavenvolk durch die Erpressung des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts zu befreien und die vom russischen Joch geretteten kleinen Völker zu beglücken. Da hatte man freilich keine Zeit, an das Wohl des deutschen Volkes zu denken.

Eine Verblendung voll von Bitternissen für die, die ihre Folgen vorhersahen.

Den Regierungen des Vierbundes lag es ob, nach dem am 17. Dezember 1917 geschlossenen Waffenstillstand mit den russischen Machthabern zu verhandeln, um zum Frieden zu gelangen. Noch im Dezember traten die hierzu Abgeordneten in Litauisch Brest (Brest-Litowsk) zusammen, wobei das deutsche Reich durch Staatssekretär von Kuhlmann und Österreich-Ungarn durch Graf Czernin als führenden Beauftragten vertreten war; die Russen hatten eine Abordnung von jüdischen Revolutionären entsandt, deren Wortführer Trotzky ursprünglich Bronstein geheißen hatte. Es begannen die eigenartigsten Verhandlungen der Geschichte: Trotzky und seine Gehilfen dachten gar nicht daran, sich sachlich mit den Vertretern des Vierbundes auseinanderzusetzen; zunächst zogen sie die Aussprache durch endlose Erörterungen über das Verhältnis der von Russland losgerissenen Randgebiete zur sog. „Sowjet-Republik“ hin und beanspruchten, daß diese so lange zu der von ihnen vertretenen Republik gehörten, als sie nicht ausdrücklich freigegeben seien. Um die Jahreswende wurden die Verhandlungen vertagt und am 10. Januar 1918 wieder aufgenommen. Als die jüdischen Wortführer Sowjet-Russlands das alte Spiel fortsetzen wollten und die diplomatischen Vertreter des Vierbundes nicht tatkräftig gegen dies Treiben einschritten, riß der Obersten Heeresleitung die Geduld und ihr Beauftragter, Generalmajor Hoffmann, wies darauf hin, daß nicht Russland der Sieger sei sondern der Vierbund; er tat dar, daß die Randgebiete sich rechtsgültig von Russland losgetrennt hätten, während die Macht der derzeitigen Wortführer der Sowjet-Re-

publiz auf hoher Gewalt beruhe. Diese Erklärung des Generals, die notwendig war, ja eigentlich reichlich spät kam, wurde nur in den völkisch gesinnten Kreisen des deutschen Reiches mit Genugtuung aufgenommen — die Leute der Mehrheit erblickten darin ein ungebührliches Pochen auf die Macht, das dem Vierbund im feindlichen und neutralen Ausland übel genommen werde.

Nun verlegten sich die jüdisch-bolschewistischen Wortführer auf ein anderes Verfahren; sie hielten den lammesgeduldigen Vertretern des Vierbundes endlose Vorlesungen über ihre politischen Anschauungen und zwar in der offenkundigen Absicht, damit zu ihren Gesinnungsverwandten unter den Völkern des Vierbundes, besonders im deutschen Reich und Österreich-Ungarn zu reden. Sie verkündeten die Notwendigkeit der Weltrevolution, die den Völkern den Frieden bringen werde, und zielten damit auf die politische Zersetzung des deutschen Volkes ab, das diese Juden tödlich hassen. Und dies wurde zugelassen, statt daß den Frechen die Kündigung des Waffenstillstandes angedroht und sachliches Verhandeln gefordert worden wäre — ja, nicht nur dies: die halbamtliche und die übrige Presse im deutschen Reich und in Österreich-Ungarn berichtete lang und breit über die krausen sozial-revolutionären Reden eines Trotsky und machte sie damit unter ihrer schon zermürbten und vergifteten Bevölkerung bekannt.

Nachdem diese Sowjet-Juden ihre endlosen Hetzreden hatten halten dürfen und endlich auf Schluß der Verhandlungen gedrungen wurde, verließ Trotsky Litauisch Brest und erklärte am 10. Februar 1918 von Moskau aus den Kriegszustand für beendet; gleichzeitig ordnete er die Auflösung des Restes der russischen Wehrmacht an, die sich übrigens von selbst vollzogen hatte. Der Vierbund konnte sich mit dieser selbstherrlichen Lösung nicht zufrieden geben, da sie eine Fülle von Zweideutigkeiten in sich schloß, und stellte sich mit Recht auf den Standpunkt, daß Trotsky die Verhandlungen abgebrochen und damit den Waffenstillstand tatsächlich gekündigt habe. Aus den noch nicht befreiten baltischen Gebieten Livland und Estland, sowie aus der Ukraine kamen Russen nach Hilfe gegen die bolschewistischen Greuel. In Berlin beschloß man endlich, diese Bitten zu erhören und gleichzeitig durch militärische Maßnahmen die Sowjet-Republik zum Frieden zu zwingen. So wurde von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere der allgemeine Vormarsch angeordnet, der in der zweiten Februar-Hälfte angetreten wurde; über ihn ist im Zusammenhang bei der Schilderung der Kriegsvorgänge die Rede. Das Ergebnis war, daß die weiten russischen Gebiete vom Peipussee im Norden bis zur Halbinsel Krim im Süden besetzt wurden. Endlich hatte für das Deutschtum Livlands und Estlands die Stunde der Befreiung geschlagen, nachdem die unglücklichen Provinzen durch bolschewistische Mordbrenner schändlich ge-

peinigt worden waren. Wohin die deutschen Truppen kamen würden sie mit überschwänglichem Danke als Retter begrüßt; mit allem Eifer sorgten die deutschen Befehlshaber für Ordnung; Landesvertretungen wurden gebildet und die alte deutsche Hochschule zu Dorpat wurde wieder hergestellt.

Die Ukraine war, nachdem Trotzky Litausisch Brest verlassen hatte, selbständig in Verhandlungen mit dem Dierbund getreten und am 9. Februar bereits war der Friedensvertrag zustande gekommen.

Das politische Ergebnis des deutschen Vormarsches, dem die Österreicher sich nachträglich anschlossen, war außerordentlich und bot, wenn der Dierbund endgültig Sieger wurde, die günstigsten Ausichten für die weitere Zukunft. Fürs nächste rechnete man, da auch die reiche Ukraine von den Bolschewisten gesäubert war — in Kiew wurde ein deutsches, in Odessa ein österreichisch-ungarisches General-Gouvernement gebildet — daß von dort Lebensmittel an die ausgehungerten Mittelmächte geliefert würden, eine Erwartung, die freilich nur sehr spärlich verwirklicht wurde.

Durch diese Vorgänge waren die Machthaber der Sowjet-Republik gefügig geworden, und so wurde am 3. März zu Litausisch Brest der Friede geschlossen; seine Festsetzungen brauchen hier nicht wiedergegeben zu werden, da sie durch die weiteren Ereignisse hinfällig wurden.

Schon damals entstand die Frage, ob es militärisch richtig war, die Kriegshandlungen durch den weiteren Vormarsch nach Osten zu „überdehnen“. Sechs Wochen nachdem der Brester Frieden geschlossen war, landete eine deutsche Division unter dem General Grafen von der Goltz an der Küste Finnlands; sie folgte auf Anordnung der Reichsregierung dem Hilferuf der bürgerlichen Regierung dieses neuen Staates, der sich vom russischen Reiche losgesagt, nun aber aus eigener Kraft nicht mit den schändlich hausenden Bolschewisten fertig werden konnte. Im Laufe eines Monats hatte der schneidige General seine Aufgabe gelöst. Nun standen deutsche Truppen von Finnland im äußersten Norden, über die Inseln Åland, Oesel und Dagö, in den baltischen Landen bis nahe vor Petersburg, auf der Linie Peipussee—Krim verteilt, ja sie hielten die wichtigsten Teile des Kaukasus besetzt, leisteten Hilfe in Syrien, Mesopotamien, Palästina und Mazedonien und hatten den Hauptteil der zwischen der deutsch-österreichisch-ungarischen Grenze und der Linie Peipussee—Kaukasus liegenden Gebiete, vor allem Litauen, Weißrussland, die Ukraine und Kongress-Polen, sowie außerdem das besetzte Rumänien zu halten. Hierzu war beinahe eine Million Leute nötig — und sie wurde nach dem vollständigen militärischen Zusammenbruch Russlands mindestens zum guten Teile dort belassen, um zum Vorteil der Bewohner die Ruhe zu sichern. Sehr ernste, politisch und militärisch geschulte Männer meinen nun, es wäre richtig gewesen sich im Osten auf die Sicherung der Ostsee-

provinzen und derjenigen benachbarten Gebiete zu beschränken, die mit dem deutschen Reiche nach dem Kriege in engere Verbindung gebracht werden sollten, sonst aber sich in eine gut zu verteidigende Linie zurückzuziehen und das geräumte Land sich selbst zu überlassen. Bei dieser Meinung wird davon ausgegangen, daß die letzte Entscheidung im Westen fallen müßte, daß wir also dort gar nicht stark genug sein könnten, und es wird behauptet, daß ein erheblicher Teil der auf dem überdehnten Besitzungsgebiet im Osten stehenden Truppen für den Westen nötig und verwendbar gewesen sei. Dem wird entgegengehalten, daß im Osten fast nur Landsturm verwendet worden sei, und man wird mit dem Urteil zurückhalten müssen, bis klargestellt ist, in welchem Umfange zum Kampf in der Feldschlacht geeignete Truppen im Osten belassen wurden. Eines kann freilich jetzt schon gesagt werden: daß nicht einzusehen ist, weshalb die Deutschen so widerspenstigen Befreiten wie etwa den Polen Polizeidienste leisten sollten.

Mit Rumänien wurden die Friedensverhandlungen Ende Februar in Bukarest begonnen; auch hierbei war das deutsche Reich durch Staatssekretär von Kühlmann vertreten, dem vorgeworfen wurde, daß er diese politisch und wirtschaftlich gleich bedeutsame Aufgabe ganz unzulänglich behandelte. Am 7. Mai 1918 wurde der Friedensvertrag unterzeichnet; von ihm wurde später festgestellt, daß er die großen Hoffnungen, die man in Deutschland auf die wirtschaftliche Erschließung Rumäniens setzte, vernichtet habe. Es erübrigt sich auch in diesem Halle auf den Inhalt des „Bukarester Friedens“ einzugehen, weil er hinfällig geworden ist.

* * *

So war der Osten befriedet und alles hing davon ab, wie die Deutschen sich auf dem Hauptkriegsschauplatz im Westen behaupten würden und wie die Bundesgenossen noch die schwere Kriegslast tragen könnten. Dies war sehr wesentlich von dem inneren Zustande der Dreibundvölker bedingt.

Im deutschen Reiche ließ der müde Greis, dem der Kaiser das Kanzleramt in solcher Zeit anvertraut hatte, die Zügel ganz aus der Hand fallen. Zu dem unseligen Wahlrechtsstreit und dem Kampf gegen die angeblich politisch herrschsüchtige Oberste Heeresleitung kamen neue Schlagworte, die die Geister verwirrten. Man entdeckte, daß das Reich und die Gliedstaaten bisher „Obrigkeitstaaten“ gewesen seien, in denen das Volk als unmündig behandelt worden sei; es habe aber während des Krieges eine solche politische Reife bewiesen, daß es mündig gemacht werden müsse, und deshalb sei die rechte Staatsform für ein so bewährtes Volk diejenige des „Volksstaats“, der auch im Ausland mit mehr Vertrauen betrachtet werde als der bisherige auf der Macht beruhende Obrigkeitstaat.

Daneben empfahlen gleichgerichtete Menschen die „Abrüstung der Geister“ als die Vorstufe zum Frieden und die Einleitung zum Bunde der Völker, der allgemeinen Abrüstung und dem ewigen Frieden!

In Frankreich aber peitschten Clémenceau, in England Lloyd George, in den Vereinigten Staaten Wilson ihre Völker zur äußersten Kraftanstrengung auf, um die verhassten Deutschen zu vernichten.

Während die Oberste Heeresleitung ihre Vorbereitungen traf, um die entscheidenden Schläge im Westen zu führen, zu denen sie sich nach der Beendigung der Kriegshandlungen im Osten fähig fühlte, wurde eine Denkschrift des früheren deutschen Botschafters in London Fürsten Lichnowsky bekannt, die neben anderen Vorwürfen gegen die Reichsleitung deren Schuld am Kriege behauptete und sich ganz auf den Boden des Verzichtes stellte. Die Kenner der Verhältnisse wunderte es gar nicht, daß solche Menschen unter Bethmann Hollweg entscheidend wichtige Posten inne haben konnten — sie sahen mit Bedauern, wie zerstörend eine solche Veröffentlichung im Inland, wie reichsschädigend sie im Ausland wirkte, und wußten, daß ähnliche Menschen wie dieser entamtete Diplomat noch in der Zeit der höchsten Not an maßgebenden Stellen belassen wurden.

In der Schweiz hatte sich eine Niederlassung volksvergessener Reichsdeutscher gebildet, die mit allen Mitteln der Lüge gegen das eigene Vaterland im feindlichen und neutralen Ausland hetzten und ihre Schriften und Zeitungen auch in der Heimat und an der Front verbreiteten; auch die Arbeit dieser Bundesgenossen des Auslandes blieb nicht ohne schädliche Folgen auf Urteilslose und Schwankende.

Immer furchtbarer wuchs die Frage: ist das deutsche Volk dazu verurteilt sich tot zu siegen?

Die Entwicklung in Österreich-Ungarn und das Verhältnis des deutschen Reiches zu seinen Bundesgenossen.

Franz Josefs Reich trachte in allen Fugen, als es den Kampf ums Dasein auf sich nehmen mußte. In Österreich hatten die slawischen Völkerschaften gegen die Krone, den Staat und die Deutschen eine so feindselige Haltung eingenommen, daß eine ordnungsmäßige Erledigung der großen öffentlichen Geschäfte unter Mitwirkung des Reichsrates unmöglich geworden war; daher ließ die Regierung seit Frühjahr 1914 diese Volksvertretung nicht mehr tagen. In den einzelnen Kronländern lagen die Dinge ähnlich; besonders hatte in Böhmen der Landtag ausgeschaltet werden müssen; dort war die Verwaltung einer besonderen, vom Kaiser berufenen Behörde übertragen worden. In Ungarn war die Machtgier der Magyaren bis zum Unerträglichen gestiegen; sie richtete sich sowohl gegen die Nicht-Magyaren des Landes, wie gegen die Krone und Österreich.